Die Kartoffelversorgung der Stadt Halle im Kriege unter besonderer Berücksichtigung der Kartoffelselbstversorgung.

Auszug

aus der

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

der

Rechts- nnd Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg.

vorgelegt von

Kurt Nederkorn

aus Halle.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Referent: Prof. Dr. Wolff.

Halle 1922.

Die genügende Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln während des Krieges ist eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben gewesen, die die kommunale Wirtschaftspolitik zu lösen gehabt hat. Infolge ihrer vielseitigen Verwendungsmöglichkeit für Ernährung, Verfütterung und gewerbliche Zwecke und infolge ihres großen Nutzeffektes beim Anbau, der sich aus dem hohen Nährwert und aus den reichen Erträgen pro Flächeneinheit im Vergleich mit anderen Feldprodukten ergibt, bildete die Kartoffel mehr noch als in Friedenszeiten in Deutschland, das zum selbstversorgenden Nationalhaushalt im Kriege geworden war, die Grundlage der Kriegswirtschaft überhaupt.

In Halle war die Kartoffelversorgungspolitik solange passiv eingestellt, bis ein empfindlicher Kartoffelmangel zu einer aktiven Politik zwang: an Stelle der freien Wirtschaft trat notwendig die autoritativ geregelte Zwangswirtschaft, nachdem vorher durch vereinzelte Maßnahmen subsidiären Charakters erfolglos versucht worden war, die gröbsten Mißstände unter Beibehaltung der freien Wirtschaftsform zu beseitigen. Die Teuerungsdeputation (Ernährungsdeputation) — das zur Regelung der Kartoffelzwangswirtschaft berufene städtische Organ — ging in ihren Maßnahmen schrittweise vor. Zunächst trat sie als Konkurrentin auf dem freien Markte auf, indem sie anfangs im eignen Namen und auf eigne Rechnung, später unter Zuhilfenahme eines Kommissionärs die Kartoffeln freihändig vom Produzenten kaufte und sie mit den ihr von der Reichskartoffelstelle zugewiesenen Mengen zu mäßigem Preise an die städtische Bevölkerung verkaufte, wobei anfangs gar keine, später eine sehr oberflächliche Kontrolle ausgeübt wurde.

Erst als dieses Vorgehen keinen Erfolg mehr hatte, setzte eine autoritativ geregelte Versorgung ein und zwar in zweifacher Richtung: zunächst mehr negativ durch die Festsetzung von Höchstpreisen unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Produktions- und Verteilungsinteresses, später positiv durch Vornahme von Bestandserhebungen und Beschlagnahme, durch städtische Kartoffelbeschaffung unter Inanspruchnahme des Großhandels — er verlor hierdurch seine selbständige Stellung und wurde lediglich ausführende Stelle der Stadtverwaltung — gegen Zahlung einer Provision und schließlich durch unmittelbare städtische Verteilung der Kartoffeln an die Bevölkerung.

So waren alle Bevölkerungsschichten etwa gleichmäßig mit Kartoffeln versorgt. In die Kartoffelversorgung war eine gewisse Stabilität gebracht.

Um die mit der Kartoffelzwangswirtschaft verbundene nachteilige Wirkung, die ihren Ausdruck in Schematisierung und völliger Ausschaltung der Privatinitiative findet, möglichst einzuschränken wurde die Kartoffelselbstversorgung gefördert. Hierdurch wurde die Stadtverwaltung entlastet, der einzelne unabhängig von der städtischen Zuweisung. Die Selbstversorgung wurde folgendermaßen aufgezogen:

1) selbständige Beschaffung des gesamten Jahresbedarfs an Kartoffeln (oder eines größeren Teils desselben) mittels Bezugsscheines durch eigenhändigen Ankauf beim Produzenten oder durch Vermittlung des Zwischenhandels,
2) Selbstanbau von Kartoffeln (Kartoffelselbstversorgung im engeren Sinn, die allein für die folgenden Erörterungen in Betracht kommt), vornehmlich auf eigens dazu geschaffenen Parzellenäckern.

Diese Kartoffelselbstversorgung mußte sich in eng beschriebenen Bahnen bewegen: sie wurde in das System der Zwangswirtschaft eingefügt. Einmal war sie städtischen Maßnahmen rechtlicher und tatsächlicher Natur unterworfen, die zugleich fördernden und hemmenden Charakter trugen, zum andern wurde sie wesentlich durch sozialpolitische Maßnahmen des „Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft“ bestimmt.

Solange die Kartoffelselbstversorgung unter dem ungeheuren Druck der Kriegsverhältnisse stand und sich nicht frei

entfalten konnte, war kein befriedigender Erfolg zu verzeichnen. Erst mit dem Übergang zur freien Wirtschaft traten günstige Wirkungen ein. Dieses Ergebnis wird bestätigt durch die statistische Erhebung für die Versorgungsjahre 1918/19 und 1919/20, die ausgeführt wurde auf Grund der in der Kartoffelverteilungsstelle auf besonderen Karten gemachten Eintragungen, und der folgende drei Fragen zugrunde gelegen haben: die erste betraf die Wohnlage, die zweite die soziale Gliederung, die dritte die Familienstärke der Kartoffelselbstversorger. Es hat sich dabei gezeigt, daß in Halle genügend Raum für die Entfaltung der Parzellenwirtschaft und einer Parzellenpolitik vorhanden ist. Im besonderen wurde festgestellt, daß die Lage der Parzellenäcker, die Höhe des Einkommens und die Familienstärke für die Gestaltung der Parzellenwirtschaft bestimmend ist. Daraus ergaben sich einige Forderungen, von denen genannt werden: Schaffung von Parzellen in unmittelbarster Nähe der Stadt, Beschaffung und Abgabe von Land und des zu seiner Bearbeitung erforderlichen Kapitals zu niedrigem Preise und Beschränkung der Parzellen auf bestimmte kleine Flächen.